

Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz



Resolution

für die Wiederaufnahme eines grenzüberschreitenden, konstruktiven Dialogs mit dem Ziel einvernehmlicher Lösungen in Streitfragen zum Flughafen Zürich

Die Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz (IPBK) auf ihrer Sitzung am 29. April 2022,

1. appelliert an die Regierungen der Schweiz und Deutschlands, eine dauerhaft tragfähige, einvernehmliche und rechtssichere Lösung zu den zwischen den beiden Staaten bestehenden Streitfragen zum Flughafen Zürich zu finden;
2. bittet die beiden Regierungen, dazu zunächst auf die regionale Ebene zuzugehen und mit dieser ein Verfahren zum weiteren Vorgehen abzustimmen. In die Abstimmung sollen die Landkreise Waldshut, Konstanz und der Schwarzwald-Baar-Kreis, das Land Baden-Württemberg, die Kantone Zürich, Schaffhausen und Thurgau einbezogen werden.
3. regt an, im Rahmen des Verfahrens Beteiligungsformate zu prüfen, zum Beispiel Regionalkonferenzen, unabhängige MediatorInnen, Bürgerforen und die Einbeziehung von Bürgerinitiativen.

Der IPBK-Vorsitz übermittelt diese Resolution an:

- das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland,
- das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation,
- die Landesregierung Baden-Württemberg,
- die Landräte der Landkreise Waldshut, Konstanz und Schwarzwald-Baar-Kreis,
- die Kantonsregierungen der Kantone Zürich, Schaffhausen und Thurgau.

Nachrichtlich an:

- die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK),
- die Hochrheinkommission.